

„Es wird spannend“

Der SPÖ-Südtirolsprecher **Erwin Niederwieser** geht davon aus, dass die volkstumpolitischen Kräfte in **Südtirol** nach der **Unabhängigkeit** des Kosovo neuen Auftrieb bekommen und die **SVP unter Druck** geraten werde. Die **Latte für die Selbstbestimmung liege** jetzt auch für Südtirol **nicht mehr so hoch** wie vorher.

Pageszeitung: Herr Niederwieser, was ändert sich nach der Unabhängigkeitserklärung für Südtirol?

Erwin Niederwieser: Für Südtirol ändert sich, dass – wenn man die Sache so gut vorbereitet, wie es die kosovarische Regierung gemacht hat – man offensichtlich gegen den Willen des Staates, dessen Gebiet betroffen ist, eine Selbstständigkeitserklärung abgeben und damit rechnen kann, von anderen Staaten anerkannt zu werden. Das ist jetzt ein Faktum.

Das Selbstbestimmungsrecht wird neu definiert?

Das Selbstbestimmungsrecht war bis jetzt so definiert gewesen, dass man gesagt hat: Wenn es ganz schwerwiegende Gründe gibt, etwa ein Volk wird unterdrückt, dann kann man eine Selbstbestimmungserklärung akzeptieren. Das ist jetzt sicherlich gelockert worden.

Die Selbstbestimmungslatte liegt niedriger?

Ja.
Die kosovarische Bevölkerung ist unterdrückt worden ...

Ja, in der Vergangenheit schon. Aber die jetzige serbische Regierung kann man nicht vergleichen mit den früheren Regierungen. In den vergangenen Jahren hat es im Kosovo keine Unterdrückung mehr gegeben, man war auf dem Weg zu einer Autonomie.

In Ihren Augen wurde, also, ein Präzedenzfall geschaffen?

Ja, ich denke schon.
Venn jetzt der Südtiroler Landtag

auf die Idee käme, es dem kosovarischen Parlament gleichzutun ...

... dann könnte er damit rechnen, dass dies auch in Südtirol funktionierte.

Auch wenn die Südtiroler, im Unterschied zu den Kosovaren, keinen amerikanischen Onkel und Fürsprecher haben?

Der Unterschied ist der, dass die politische Führung im Kosovo die Dinge schon sehr gut vorbereitet hat und sich international im Vorfeld die Unterstützung von wichtigen Verbündeten gesichert hat.

Österreich wird laut den Aussagen der Außenministerin Kosovo anerkennen. Was heißt dies für Südtirol?

Die Außenministerin hat dies angekündigt. Da stellt sich natürlich die Frage, warum Österreich im Falle Südtirols mit Italien oder in der Tibet-Frage mit China den Wunsch auf Selbstbestimmung der territorialen Integrität untergeordnet hat. China oder Italien werden anders betrachtet als Serbien.

„Wenn jetzt der Südtiroler Landtag auf die Idee käme, es dem kosovarischen Parlament gleichzutun, dann könnte er damit rechnen, dass dies auch in Südtirol funktionierte.“

Damit gibt Österreich jenen recht, die sagen, das Völkerrecht sei ein Recht des Stärkeren.

Wird es jetzt in Europa eine



SPÖ-Südtirol-Sprecher
Erwin Niederwieser
„Es wurde ein Präzedenzfall geschaffen“

Selbstbestimmungs-Welle geben?

Ich denke schon, dass die Unabhängigkeitsbewegungen Auftrieb erhalten werden. Das ist auch der Grund, warum einige Staaten jetzt auf der Bremse stehen.

Es läuft in Richtung eines Europa der Mini-Republiken?

wir 40 Staaten sein. Auf einem gemeinsamen Nenner zu kommen wird dann immer schwieriger.
Ein Selbstbestimmungsantrag wäre in Südtirol nur mit Stimmen der SVP durchzuführen. Dass die SVP das tut, doch unrealistisch?

In Südtirol hat es immer Kleinteile gegeben, die für den Weg der Selbstbestimmung eingetreten sind. Diese Parteien werden Auftrieb bekommen, mit der Konsequenz, die SVP ein bisschen unter Druck kommen wird. Denken Sie nur die Vorsprachen der Schützen der Freiheitlichen, die es im österreichischen Parlament gegeben hat. Die Botschaft aus Österreich ist immer die, dass man gesagt hat, gibt keinen Anlass für die Selbstbestimmung, weil die Situation in Südtirol stabil ist und die Autonomie gegeben ist. Diese Stabilität und die Autonomie sind jetzt, nach dem Kosovo, nicht mehr die allein schließlichen Kriterien. Wie es weitergeht, das weiß ich nicht. Es ist in jedem Fall spannend.

Eines ist, wenn die Kleinparteien Auftrieb erhalten, etwas anderes ist es, in Südtirol eine Mehrheit für die Selbstbestimmung zu kriegen ...

Ja, das schon. Aber es führt unwillkürlich zu einer nicht notwendigen Diskussion und mehr oder weniger zu neuen ethnischen Spannungen.

Volkspartei

Treffen mit linken Basken

VP-Obmann Elmar Pichler traf sich am Dienstag mit Bürgermeistern der unabhängigen baskischen Linkspartei „Accion Nacionalista Vasca“, kurz ANV. Aitor Doiagabeta und Jon Bollar schilderten ihre schwierige Lage in Frankreich und Spanien. Pichler sagte der baskischen Vertre-

über den Weg der Gewalt geführt werden dürfe. Politisch sei die beste und stärkste Lösung die Geschlossenheit in einer einzigen Vertretung, nämlich einer Sammelpartei wie der SVP. Laut Jon Bollar, Bürgermeister von Aulestia, stellt die ANV trotz aller Verbote durch das spanische Höchstgericht 45

die Erreichung einer Autonomie der zu Frankreich gehörenden Gebiete des Baskenlandes sowie der Ausbau der Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit der zu Spanien zählenden baskischen Provinzen. Die ANV-Vertreter luden die SVP ein, zu den im März bevorstehenden spanischen Parlamentswahlen